

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage. 2523
der Abgeordneten Monika Schulz-Höpfner
der CDU-Fraktion
und der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/6301

Datenlage zu den Gesundheitskosten aus Industrieemissionen aus Kraftwerken in Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2523 vom 13.11.2012:

Am 19. Oktober 2012 fand in Frankfurt (Oder) eine Podiumsdiskussion des Landesverbandes Berlin/Brandenburg des Marburger Bundes unter dem Titel „Blauer Himmel über Oder und Neiße – Industrieemissionen aus Kraftwerken: (K)Ein Thema für die Gesundheitspolitik?!“ statt. Hintergrund dazu war die Studie der Europäischen Umweltagentur von November 2011 „Offenlegung der Kosten der Luftverschmutzung aus Industrieanlagen in Europa“. In den Ausführungen der Podiumsdiskutanten wurde deutlich, dass die aktuell vorliegende medizinische Datenlage differenziertere Aussagen über die gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung durch Schadstoffemissionen von Industrieanlagen in Brandenburg (im Besonderen durch Kohlekraftwerke) nicht zulässt. Insbesondere für Feinstaub lässt sich keine Wirkungsschwelle ableiten unterhalb derer keine schädigende Wirkung zu erwarten ist. Die von der EU erlaubten Grenzwerte (die schon höher liegen als die von der WHO empfohlenen), wurden 2010 und 2011 unzulässig oft überschritten (Tagesmittelwerte > 50 µg/m³). Zum Ende der Veranstaltung stellten Guido Salewski vom Landesvorstand des Marburger Bundes und Gesundheitsstaatssekretär Dr. Daniel Rühmkorf fest, dass für die Bewertung der Gesundheitslage der Bevölkerung und die Gesundheitskosten durch Industrieemissionen im Land eine erweiterte Gesundheitsdatenlage der Regionen vorgelegt werden müsse.

Diese Feststellung widerspricht der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zu den gesundheitlichen Folgekosten der Braunkohle (DS 5/4782). Die Landesregierung sah aufgrund einzelner Messungen der Lärm- und Staubbelastungen in den Tagebauen „zusätzliche Langzeitmessungen nicht gerechtfertigt“. Im Weiteren traf sie die deutliche Aussage: „Eine gesundheitliche Sondersituation durch Braunkohlekraftwerke und/oder Tagebaue ist nicht zu erkennen.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie geht die Landesregierung mit der Forderung aus der Frankfurter Diskussionsrunde um, dafür Sorge zu tragen eine erweiterte medizinische Datenlage

zur Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung durch Schadstoffemissionen von Industrieanlagen in Brandenburg zu erheben bzw. vorzulegen?

2. Wann und wie wird eine ausführlichere Datenlage zur Bewertung der Gesundheitslage der Bevölkerung und der Gesundheitskosten durch Industrieemissionen im Land vorliegen?
3. Erhebt die Landesregierung systematisch Daten über die gesundheitlichen Auswirkungen erhöhter Feinstaubkonzentrationen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie geht die Landesregierung mit der Forderung aus der Frankfurter Diskussionsrunde um, dafür Sorge zu tragen eine erweiterte medizinische Datenlage zur Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung durch Schadstoffemissionen von Industrieanlagen in Brandenburg zu erheben bzw. vorzulegen?

Frage 2:

Wann und wie wird eine ausführlichere Datenlage zur Bewertung der Gesundheitslage der Bevölkerung und der Gesundheitskosten durch Industrieemissionen im Land vorliegen?

Frage 3:

Erhebt die Landesregierung systematisch Daten über die gesundheitlichen Auswirkungen erhöhter Feinstaubkonzentrationen?

zu den Fragen 1 bis 3:

Für eine besondere oder erhöhte Luftverschmutzung in Brandenburg gibt es keine Hinweise aus den regelmäßigen Messungen des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV). Als Ursache für die seltenen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte der 39. BImSchV für Feinstaub im urbanen und ländlichen Hintergrund wurde der Ferntransport bei ungünstigen Wetterlagen identifiziert. Lokale und regionale Quellen, zu denen u. a. Verkehrs- und Industrieemissionen gehören, spielen eine untergeordnete Rolle. Hierzu wird auf den Endbericht Analyse der PM10-Grenzwertüberschreitungen im Jahre 2010 im ländlichen und urbanen Hintergrund in Ostbrandenburg verwiesen (IVU Umwelt GmbH Freiburg für das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 10/2012, <http://www.lugv.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.311691.de>).

Problematisch hinsichtlich der Luftschadstoffbelastung sind gemäß dem Report No 4/2012 „Luftqualität in Europa“ der Europäischen Umweltagentur vom 24.9.2012 die städtischen Bereiche. Die in Brandenburg betroffenen Kommunen sind bekannt. Der Beitrag der Kraftwerke und anderer industrieller Emittenten in der Region an der Schadstoffbelastung ist hier ebenfalls unmaßgeblich.

Die Feinstaubbelastung der Bevölkerung hat sich in Brandenburg in den letzten 20 Jahren mehr als halbiert. Die bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen sind so gering, dass auch die punktuell erhöhte Belastung von Bewohnerinnen und Bewohnern einiger städtischer Gebiete sowie weiterer Landesteile bei besonderen Wetterlagen keine statistisch messbaren Effekte hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen erwarten lässt [vgl. hierzu den Jahreskurzbericht 2011 des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz für Partikel (PM₁₀); Einhaltung des Kriteriums Jahresmittelwert MW, differenziertes Bild beim Kriterium Anzahl der Tage mit Tagesmitteln TMW > 50 µg/m³, <http://www.luis.brandenburg.de/i/ubis/I7100016/>].

Der in der Frage zitierte Bericht No 15/2011 der Europäischen Umweltagentur erlaubt keine konkreten Rückschlüsse auf Brandenburg oder eine andere Region Europas, weil er ebenso wenig Daten zur Belastung der Bevölkerung mit Feinstaub oder anderen Luftschadstoffen verwendet, wie er Bezüge zur Emissionssituation von konkreten Industrieanlagen herstellt.